Schwerter Zeitung

Bei unvorhergesehenen Betriebsstörungen, hervorgerufen durch höhere Gewalten, übernehmen wir keinerlei Gewähr für pünktliches Erscheinen der Zeitung und kann auch keinerlei Schadenersatz beansprucht werden.

Verbunden mit: Schwerter Tageblatt und Anzeiger / Schwerter Volkszeitung / Schwerter Volksblatt

Amtliches Kreisblatt für den Kreis Hörde ✦ Erstes und ältestes Tagesorgan des Kreises. ✦ Generalanzeiger für den Kreis Hörde.

Welthofener Zeitung / Apierbecker Zeitung / Langscheder Zeitung / Holzwickeder Zeitung

Die „Schwerter Zeitung" erscheint werktäglich. Hauptgeschäftsstelle, Druck und Verlag: Carl Braus. Telegr.-Adr.: Braus, Schwerteruhr. Tel. 62. Postscheck: Dortmund 2852 und Hannover 21874. Verantwortlich für Schriftleitung und Anzeigen: Hans Linner in Schwerte. Tel. 62.

Nr. 282 | Anzeigen-Preise: Lokale 10 Pf., Auswärtige 12 Pf., Familien-Anzeigen 8 Pf., Reklamen 50 Pf. Finanz-Anzeigen 12 Pf. | Samstag, den 1. Dezember 1923 | Einzelnummer: 150 Milliarden Papiermark | 56. Jahrgang

Neues in Kürze.

Goldumrechnungssatz für Reichssteuern.

wtb. **Berlin**, 30. Nov. (Tel.) Der Goldumrechnungssatz für die Reichssteuern beträgt am 1. Dezember eine Billion.

Das preußische Notgeld.

wtb. **Berlin**, 30. Nov. (Tel.) Mit dem heutigen Tage gelangt zum ersten Male das neue preußische Notgeld zur Ausgabe. Da es später gegen Goldanweisungen des Deutschen Reiches oder mit einem gleichartigen Barbetrag eingelöst wird, ist es als wertbeständiges Zahlungsmittel anzusehen und zu behandeln. Es ist daher nicht nur jedermann zu seiner Annahme verpflichtet, sondern bei der Zahlung mit preußischem Notgeld ist auch Rabatt wie bei anderen wertbeständigen Zahlungsmitteln zu gewähren.

Die Beamtengehälter.

bb **Berlin**, 30. Nov. Das von der Regierung in der Sitzung am 28. den Spitzenorganisationen der Beamten vorgelegte Angebot, das die endgültige Zahlung der neuen Grundgehälter auf der Goldgrundlage enthält, haben die Berufsvertretungen als unannehmbar abgelehnt.

Vorzugstarife für Nahrungsmittel.

wtb. **Berlin**, 30. Nov. (Tel.) Um die Ernährungsfrage zu erleichtern, befördert die Reichsbahn vom 5. Dezember ab folgende einheimische landwirtschaftliche Erzeugnisse bei der Aufgabe als Expreßstückgut zu halbem Tarif: Butter, Käse, Eier, frische Beeren, frisches Obst, Kartoffeln und frisches Gemüse aller Art. Die Vergünstigung ist auf Frachtstücke unter 50 Kilogramm und Entfernungen bis 100 Kilometer beschränkt.

Die K. Z. verboten.

wtb. **Köln**, 30. Nov. (Tel.) Die Kölnische Zeitung veröffentlicht an der Spitze ihrer heutigen Abendausgabe folgende Mitteilung: „Auf Verfügung der Haute Commission interalliee des territoires rhenans muß die Kölnische Zeitung ihr Erscheinen vorläufig einstellen."

Ludendorff nicht verhaftet.

wtb. **München**, 1. Dez. (Tel.) Die in auswärtigen Blättern verbreitete Nachricht von der Verhaftung Ludendorffs ist falsch.

Der Reichspräsident an Stresemann.

wtb. **Berlin**, 1. Dez. (Tel.) Reichspräsident Ebert hat an Dr. Stresemann ein Schreiben gerichtet, in dem er ihm Dank ausspricht, daß er in schwerer Zeit das Reichskanzleramt übernommen habe. In dem Schreiben heißt es am Schlusse: Daß Sie Ihre Mitarbeit als Reichsminister des Auswärtigen auch der neuen Regierung zur Verfügung gestellt haben, begrüße ich ganz besonders.

Separatisten in Zweibrücken.

wtb. **Zweibrücken**, 30. Nov. (Tel.) Soeben, 7 Uhr abends, ist ein Vortrupp der Separatisten aus Richtung Pirmasens hier eingetroffen. Die Sonderbündler haben sich zum Justizgebäude begeben, wo die Bezirksdelegation der Rheinlandkommission ihren Sitz hat. Zwischenfälle haben sich nicht ereignet.

Stillegung der Notenpresse.

bb **Berlin**, 30. Nov. (Privattel.) Wie das Acht-Uhr-Abendblatt mitteilt, ist heute ein teilweiser Stillstand der Notenpresse eingetreten, die bisher noch zur Erledigung der vorliegenden Aufträge arbeitete. Ein erheblicher Teil der für die Reichsbank arbeitenden Privatdruckereien ist mit dem heutigen Tage aus der Banknotenproduktion ausgeschieden. Der Abbau der Papiermarkherstellung wird in beschleunigtem Tempo weiter betrieben und es wird für spätestens Ende der kommenden Woche die vollständige Stillegung der Notenpresse in Aussicht genommen.

Auslandshilfe für Deutschland.

wtb. **Berlin**, 30. Nov. (Tel.) Dem Kardinal Erzbischof in Köln wurden von den Bischöfen in Fünfkirchen und Vacz (Waitzen) 3 500 000 ungarische Kronen zur Linderung der Not zur Verfügung gestellt. Aus Sammlungen in Wien zur Linderung der Not und zur Speisung von Kindern gingen weitere 5 959 000 österreichische Kronen ein. Von der chilenischen Dichterin Gabriele Mistral wurde in mexikanischen Schulen für die notleidenden deutschen Kinder eine Sammlung veranstaltet, deren Ergebnis von 1317.38 Dollars ihrer Bestimmung zugeführt wurde. Für den gleichen Zweck stiftete der Kaufmann Stellmann in Triest 200 italienische Lire, James Flügel in Baltimore 500 Billionen

Das Reichsbahn-Notgeld.

wtb. **Berlin**, 30. Nov. (Tel.) Entgegen irrigen Meinungen wird nochmals ausdrücklich festgestellt, daß das Notgeld der Deutschen Reichsbahn nach wie vor nicht nur an allen öffentlichen Kassen, sondern bis auf weiteres auch an allen Reichsbahnkassen in Zahlung genommen wird.

Parlamentsabbau in Braunschweig.

wtb. **Braunschweig**, 30. Nov. (Tel.) Die bürgerlichen Parteien stellten im bürgerlichen Landtag den Antrag: 1. Die Zahl der Abgeordneten auf 30 herabzusetzen, 2. den gegenwärtigen Landtag am 19. Januar 1924 aufzulösen und Neuwahlen für den 20. Januar 1924 anzusetzen, 3. die Zahl der Minister auf höchstens 3 zu begrenzen.

Der Dollar am 30. XI. 23

Dollarkurs Geld: 4 189 500 000 000 / Brief: 4 210 500 000 000

Das Reichskabinett Dr. Marx – Dr. Stresemann

NDZ **Berlin**, 30. Nov. (Tel.) Die Lösung der Regierungskrise kann trotz aller Hoffnungen, die man darauf gesetzt hat, heute vormittag noch nicht als abgeschlossen gelten. Das Zustandekommen des Kabinetts Marx hängt keineswegs nur noch von Personenfragen ab, sondern auch von sachlichen politischen Verhandlungen. Die bayrische Volkspartei, deren Mitglied Emminger für den Posten des Justizministers in Aussicht genommen wurde, verlangte die Einbeziehung eines deutschnationalen Vertreters. Als solcher kam der Abg. Schiele für das Ernährungsministerium in Betracht. Ferner wolle die Deutsche Volkspartei das Ermächtigungsgesetz, das Herr Marx beabsichtigt, nicht in der Weise angenommen wissen, daß es unter Stimmenthaltung der Sozialdemokratie zustande komme, sondern die DV verlangte eine klare Entscheidung. Außerdem ist der Gedanke aufgetaucht, daß man zur Vermeidung einer Auflösung die Neuwahlen für den Reichstag, die erst für den Juli fällig sind, schon bis Ende Februar oder Anfang März vorgelegt wissen will, damit die weiteren Beratungen getroffen werden könnten, ohne daß eine lange Zwischenpause einträte. In den Mittagsstunden hatte Marx eine Besprechung mit General von Seeckt.

wtb. **Berlin**, 30. Nov. (Tel.) Der Reichspräsident hat den Senatspräsidenten Marx, Mitglied des Reichstages, zum Reichskanzler ernannt und auf seinen Vorschlag die Reichsregierung wie folgt neugebildet:

Reichskanzler: Senatspräsident Marx,
Vizekanzler und Reichsminister des Innern: Dr. Karres,
Reichsminister des Auswärtigen: der bisherige Reichskanzler Dr. Stresemann,
Reichsarbeitsminister: wie bisher Dr. Brauns,
Reichswehrminister: wie bisher Dr. Geßler,
Reichsverkehrsminister: wie bisher Oeser,
Reichsernährungsminister: wie bisher Graf von Kanitz,
Reichspostminister: wie bisher Dr. Hoefle, zugleich mit Wahrnehmung des Reichsministeriums für die besetzten Gebiete beauftragt,
Reichswirtschaftsminister: bayr. Staatsminister a. D. Hamm,
Reichsjustizminister: Emminger, Mitglied des Reichstages.

Die Repko bestellt Sachverständigenausschüsse.

wtb. **Paris**, 30. Nov. Ueber die heutige Nachmittagssitzung des Wiederherstellungsausschusses gibt Havas folgende Mitteilung aus:

Der Ausschuß hat in seiner Sitzung heute nachmittag folgende Entschließung angenommen, die der französische Abgeordnete vorgeschlagen hat:

Um gemäß den Bestimmungen des Artikes 234 des Versailler Vertrages die Hilfsquellen, sowie die Zahlungsfähigkeit Deutschlands, nachdem dem Vertreter dieses Landes nach Billigkeit Gelegenheit gegeben wurde, sich auszusprechen, abzuschätzen, beschließt der Ausschuß, zwei Sachverständigenausschüsse einzusetzen, in denen die alliierten Länder vertreten sein sollen. Einer der beiden Ausschüsse wird beauftragt, die Mittel ausfindig zu machen, um das deutsche Budget auszugleichen, und die Maßnahmen, die ergriffen werden müssen, um die deutsche Währung zu stabilisieren. Der andere Ausschuß soll die Mittel ausfindig machen, das aus Deutschland ausgeführte Kapital abzuschätzen und wieder nach Deutschland zurückzuführen.

Gewerkschaftsring und Achtstundentag

wtb Essen, 1. Dez. Die führenden Vertreter des Gewerkschaftsringes haben zu der stark umstrittenen Frage der Beseitigung des Achtstundentages eingehend Stellung genommen. Sie sind durchaus einverstanden, daß die Steigerung der Produktion die wesentliche Voraussetzung für die Wiederaufrichtung der Wirtschaft ist, nicht aber, daß diese Produktionssteigerung durch Verlängerung der Arbeitszeit erreicht werden könnte. Es wird daher grundsätzlich an dem Achtstundentag festgehalten, nicht aber an der schematischen Anwendung. Die Führer des Ringes zeigen sich mit der gesamten Mitgliedschaft darin einig, daß im Rahmen des Vorbergesagten alle Opfer gebracht werden, um die Notlage von Land und Volk zu lindern. Diese Opfer zu bringen, würden aber die Arbeitnehmer solange ablehnen müssen, wie sie berechtigter Weise die Auffassung haben könnten, daß der Notenraub einer Produktionssteigerung nicht der Volksgesamtheit zugute käme. Voraussetzung sei infolgedessen, daß den Arbeitnehmern Gelegenheit gegeben werde, an der Gestaltung der Wirtschaft und des Staates als Vertreter der Arbeiterschaft mitzuwirken.

Die Rentenmark im Ausland.

wtb. **Berlin**, 30. Nov. (Tel.) Die Deutsche Rentenbank teilt mit: Die vielfach im Publikum verbreitete Nachricht, daß die Rentenmark in Amsterdam und Zürich sowie an verschiedenen Börsenplätzen des Auslandes nicht den Tatsachen, Telegraphische Aufträge, etwaiges Angebot an Rentenmark an diesen Börsenplätzen aufzunehmen, brachte von all diesen Stellen die Antwort, daß keinerlei Angebot, sondern nur Nachfrage vorhanden wäre. Aus Zürich ging die Nachricht ein, daß die Rentenmark eventuell zu dem Kurse erhältlich sei, der nicht unbeträchtlich über der Inlandsparität lag. bewertet sei, entspricht nach den getroffenen Feststellungen, so in Bremen und Hamburg, angeboten und unter-

Deutsch-tschechische Hilfsaktion.

wtb. **Prag**, 30. Nov. (Tel.) Die deutschen bürgerlichen Parteien veröffentlichen in der Presse gemeinsame Aufrufe zur Einleitung einer großzügigen Hilfsaktion für Deutschland. Die Aktion soll von einer unpolitischen Zentralstelle durchgeführt werden.

Wieder 125 000 Billionen weggenommen.

wtb. **Berlin**, 30. Nov. (Tel.) Am 23. November suchten die Franzosen von neuem die Druckerei von W. Crüwell in Dortmund und von E. Marks in Mülheim heim, und zwar nahmen sie in der Firma Crüwell 54 600 Billionen und in der Firma Marks 70 000 Billionen Reichsbanknoten fort. Damit überschritt die Gesamtsumme der von den Besatzungsmächten bisher requirierten Reichsbankgelder die Ziffer von einer halben Trillion bereits weit.

Mussolini gegen den Antisemitismus.

wtb. **Rom**, 30. Nov. (Tel.) Nach einer Meldung der Agentur Stefani empfing Mussolini heute den Oberrabbiner von Rom. Er betonte ihm gegenüber, die italienische Regierung und der italienische Faszismus hätten niemals beabsichtigt, eine antisemitische Politik zu verfolgen und verfolgten auch keine solche Politik. Er bedauere, daß antisemitische Parteien im Ausland für ihre Zwecke das Ansehen auszunutzen versuchten, das der Faszismus in der Welt genieße.

Rentenmark und Finanzsanierung

Von unserem Berliner k-Mitarbeiter.

Aus den Kreisen der Rentenbank wird tröstend versichert, daß die Emission an Rentenmarkscheinen bereits etwa 50 Millionen Mark täglich beträgt, und daß in zwei Wochen ein für die Bewältigung des derzeitigen Zahlungsmittelverkehrs ausreichender Betrag in den Verkehr gebracht sein wird. Das wäre in der Tat dringend wünschenswert; denn bisher hat die Ausgabe der Rentenmark dem Währungswirrwarr nicht abzuhelfen vermocht, der noch gesteigert wird durch die Ausgabe des zahlreichen Notgeldes, von dem man nicht weiß, ob es durchweg auf seine Fundierung hin genau kontrolliert ist. Es klingt jedenfalls sehr verdächtig, wenn der Reichswährungskommissar Dr. Schacht es für völlig unmöglich erklärt, „die Reichsbank etwa für die Einlösung oder Gutschrift von ungedecktem Notgeld in Anspruch nehmen zu wollen." Daraus muß geschlossen werden, daß solch ungedecktes Notgeld in Verkehr gebracht ist, ein sehr gefährlicher Unfug, der sofortiges Einschreiten erheischt.

Wie hat sich nun die Rentenmark in dem Währungswirrwarr, dessen wir uns erfreuen, stabilisiert? Sie wird selbstverständlich der Papiermark vorgezogen, was darin zum Ausdruck kommt, daß zumeist ein Rabatt von 5 oder 10, ja sogar bis zu 20 Prozent darauf gegeben wird. Auf der anderen Seite hat sie sich bisher die Beliebtheit der Goldanleihe, die zumeist (die Dollarschatzanweisungen sogar ganz) aus dem Verkehr verschwunden ist, nicht erringen können. Das ist merkwürdig genug; denn die Rentenmark besitzt in den Grundschuldverpflichtungen der gesamten Wirtschaft eine dingliche Sicherheit, während die Goldanleihe nur durch die Erträge der Reichsvermögenssteuer gedeckt ist. Daß die Goldanleihe nach 12 Jahren mit einem Aufgeld von 70 Prozent als Entgelt für aufgelaufene Zinsen zurückgezahlt werden soll, kann aber um so weniger in Betracht kommen, als die Rentenmark jederzeit in fünfprozentige Rentenpfandbriefe umgetauscht werden kann.

Wenn die Wertschätzung der Rentenmark in letzter Zeit bereits etwas nachgelassen hat, was darin zum Ausdruck kommt, daß die darauf gewährten Rabatte immer kleiner, ja zum Teil, besonders beim Lebensmittelhandel, bereits überhaupt verweigert werden, so liegt das einmal daran, daß die Rentenmark eben in immer größeren Mengen in den Verkehr kommt, zweitens aber wohl auch in den Bedenken wegen der finanziellen Verknüpfung der Rentenbank mit der Finanzwirtschaft des Reiches. Hierauf beruht es jedenfalls, wenn, wie berichtet wird, die Rentenmark im Auslande, soweit sie dort gehandelt wird, bereits erheblich unter pari steht. Wenn das Reich von den 1200 Millionen Rentenmark (wovon 800 Millionen unverzinslich sind), die ihm die Rentenbank zur Verfügung zu stellen hat, bereits 550 Millionen, also fast die Hälfte, abgehoben hat, so ist das als ein geradezu unheimliches Abhebungstempo zu bezeichnen in Ansehung der Tatsache, daß die Rentenbank dem Reiche den Kredit von 1200 Millionen „während der nächsten zwei Jahre" zur Verfügung stellen soll. Während dieser Zeit sollte eben der Reichshaushalt saniert werden. Wenn aber die Inanspruchnahme des Rentenmarkkredits in diesem Tempo erfolgt, darf eben auch mit der Sanierung des Etats, mit dem Abbau der unverantwortlichen Schuldenwirtschaft nicht gezögert werden; sonst wird dieser Kredit erschöpft sein, bevor auch nur der Anfang mit der Etatsbereinigung gemacht ist.

Was diese letztere betrifft, so hört man bisher nur Programme, aber sieht keine Taten. Beamtenabbau, Umbau des Steuersystems, Aufstellung eines Goldetats, das wird uns seit geraumer Zeit verkündet; aber es ist bisher bei den Formen oder Entwürfen geblieben, woran freilich die chronische Kabinettskrisis ein gut Teil der Schuld trägt. Um gegen zahllose Widerstände Ersparnisse durchzuführen und die Steuerschraube anzuziehen, dazu gehört nicht nur eine Regierung, sondern eine stabile, ein wertbeständige Regierung. Die aber haben wir seit geraumer Zeit nicht und haben anscheinend wenig Aussicht, sie zu bekommen.

Preußischer Landtag.

280. Sitzung.

NDZ. **Berlin**, 30. Nov. (Tel.) In der heutigen Sitzung wurde der Gesetzentwurf über **Ausdehnung des Ansiedelungsgesetzes auf die Rheinprovinz** endgültig verabschiedet, wo die Errichtung aller Ansiedelungen von einer behördlichen Genehmigung abhängig gemacht wird, vor deren Erteilung die polizeiliche Bauerlaubnis nicht gegeben werden darf.

Es folgt die Beratung der großen Anfrage der Sozialdemokraten über das Eingreifen des Wohlfahrtsministeriums in die **wirtschaftlichen Auseinandersetzungen zwischen Aerzten und Krankenkassen.**

Abg. Scholich (Z.) weist auf die schweren Folgen des für den ersten Dezember von den Aerzten angekündigten Behandlungsstreiks hin und fragt, ob General v. Seeckt eingreifen werde, da die Behandlung der Kranken eine lebensnotwendige Aufgabe sei. Immer wieder werde gegen die Ortskrankenkassen mit der Behauptung gehetzt, daß sie nicht gut wirtschaften und daß sie ihre Angestellten zu hoch bezahlen. Von den Ersatzkassen werde diesen Kassen trotz ihrer schweren finanziellen Lage eine unfaire Konkurrenz gemacht. Nicht 73 Prozent des Aufkommens der Kassenversicherungen werden, wie behauptet, durch persönliche Ausgaben aufgezehrt, sondern nur 25 Prozent kommen dafür in Frage.

Nach weiteren Bemerkungen der Abgg. Quaedt (DN), Dr. Wester (Z), des Wohlfahrtsministers Hirtsiefer, der Abgg. Dr. Weye (Soz.), Riedel (Dem.) und Hoffmann (Soz.) wurde ein Antrag Quaedt angenommen, dazu der sozialdemokratische Antrag auf schleunige Einberufung des Reichsausschusses mit einem Zusatzantrag Dr. Wester (Z.) der an alle Beteiligten den dringenden Appell richtet, die Verständigungsarbeit des Reichsausschusses nach Kräften zu fördern und die Bestellung der Unparteiischen und Vorsitzenden den beiden Parteien zu überlassen.

Nach Ablehnung eines kommunistischen Antrages auf Vornahme einer politischen Aussprache am Samstag vertagt sich das Haus auf Dienstag 3 Uhr. Auf der Tagesordnung stehen die Verfassung der evangelischen Landeskirchen, die Gewerbesteuerverordnung und kleinere Vorlagen.

Politische Umschau

Die Antwort des Reichspräsidenten an die Deutschnationalen.

wtb **Berlin**, 29. Nov. Der Reichspräsident hat auf den gestern mitgeteilten Brief des Vorsitzenden der Deutschnationalen Volkspartei, Staatsminister a. D. Hergt, wie folgt geantwortet:

Sehr geehrte Exzellenz! In Erwiderung Ihres heutigen Schreibens muß ich zunächst darauf aufmerksam machen, daß die Reichsverfassung die Berufung des Mannes, der die Reichsregierung bilden und leiten soll, meiner freien Entschließung überläßt. In Ausübung dieses mir verfassungsmäßig zustehenden Rechts habe ich bisher mit der Bildung einer neuen Regierung stets eine Persönlichkeit betraut, deren politische Stellung die meiste Aussicht auf eine schnelle Zusammenstellung eines arbeitsfähigen Kabinetts zu bieten schien. Diesen Weg bin ich auch in der gegenwärtigen Krise gegangen. Wenn ich davon abgesehen habe, eine der beiden Oppositionsparteien mit der Neubildung der Regierung zu betrauen, so geschah das, weil ich durch meine vertrauliche Aussprache mit den Führern der Reichstagsfraktionen am Abend des 28. d. Mts. zu der Ueberzeugung kommen mußte, daß für keine der beiden Oppositionsparteien die

Möglichkeit der Bildung einer Regierung auf verfassungsmäßiger Grundlage vorhanden war. Außerdem hatte ich aus der Besprechung mit Ew. Exzellenz am Freitag abend den Eindruck gewonnen, daß die Fraktion der Deutschnationalen Volkspartei keinen entscheidenden Wert auf die Führung bei der Regierungsbildung legte, vielmehr mit der Kanzlerschaft eines Mitgliedes der Deutschen Volkspartei oder des Zentrums einverstanden war. Im übrigen darf ich ausdrücklich darauf hinweisen, daß ich mit Herrn Abgeordneten v. Kardorff, der mir von den Fraktionsleitungen der Deutschen Volkspartei, des Zentrums und der Demokraten für die Regierungsbildung in Vorschlag gebracht worden war, übereingekommen war, der Fraktion der Deutschnationalen Volkspartei zwei wichtige Ressorts zur Besetzung durch Männer ihres Vertrauens anzubieten. Die Auffassung, daß jede Hinauszögerung einer Kabinettsbildung die Interessen des Reiches schädigt, teile ich durchaus. Nachdem mein Versuch, ein überparteiliches Kabinett, das von allen bürgerlichen Parteien getragen werden sollte, zu berufen, mißlungen war, habe ich alles getan, was in meiner Möglichkeit lag, um die im Reichstag geführten Verständigungsverhandlungen der bürgerlichen Parteien zu beschleunigen. Diese Verhandlungen sind, wie Sie wissen, gescheitert. Darauf habe ich heute nachmittag Herrn Reichstagsabgeordneten, Senatspräsidenten Marx mit der Bildung einer Regierung beauftragt, die von den Mittelparteien getragen wird.

In ausgezeichneter Hochachtung
gez. Ebert, Reichspräsident.

Kleinlich.

* **Berlin,** 29. Nov. Der Verband des Sattler-, Tapezierer- und Portefeuiller-Verbandes hat den Reichspräsidenten Ebert wie früher schon einmal aus der Organisation ausgeschlossen, und zwar auf Grund einer Satzungsbestimmung, wonach der Ausschluß eines Mitgliedes erfolgen kann, wenn er sich Handlungen zuschulden kommen läßt, die den Interessen des Verbandes entgegenwirken. Der Vorwärts, der den Beschluß sachlich und sachlich nennt, meint, es handle sich weniger um eine gewerkschaftliche als vielmehr um eine politische Maßnahme, die praktisch belanglos sei, um so mehr aber eine Kränkung darstelle.

Regierungskrise in Thüringen.

wtb. **Weimar,** 30. Nov. (Tel.) Auf der Tagesordnung der heutigen Landtagssitzung stand als einziger Beratungsgegenstand die Regierungsbildung. Nach scharfen Auseinandersetzungen zwischen dem Kommunisten Tenner und dem Staatsminister Frölich über den Antrag der VSPD., wonach zwei der bisherigen Minister, nämlich Staatsminister Frölich und Staatsminister Hermann das freigewordene Wirtschaftsministerium bezw. Justizministerium mitübernehmen sollen. Der Antrag wurde mit 30 Stimmen der bürgerlichen Parteien und der Kommunisten gegen 22 Stimmen der VSPD abgelehnt. Höfer (Landbund) stellte fest, daß die Regierung in ihrer Zusammensetzung dem § 71 der Verfassung widerspreche. Frölich erklärte, daß dies juristisch nicht feststehe. Die Sitzung wurde abgebrochen, um dem Aeltestenausschuß Gelegenheit zu geben, Stellung zur Geschäftslage zu nehmen. Da im Aeltestenrat eine Klärung nicht erreicht wurde, wurde die Sitzung nicht wieder eröffnet, sondern auf Freitag vormittag zur Weiterberatung der Angelegenheit angesetzt.

Reichssteuern im Dezember.

Folgende Zahlungstermine im Dezember fällig werdender Reichssteuern sind zu beachten:

1. Dezember: Landabgabe für je 2000 M Wehrbeitragswert: 1½ Goldmark. (Umrechnungssatz gegenwärtig 1 Billion Papiermark für je 1 Goldmark). Bei verspäteter Zahlung 5 Prozent Goldsteuer.

5. Dezember: Lohnsteuer und Arbeitgeber-Abgabe auf Grund der im letzten Novemberdrittel erfolgten Steuerabzüge vom Arbeitslohn. (Bei Fristüberschreitung Anwendung des Goldumrechnungssatzes von 5 Prozent Goldzinsen.)

7. Dezember: Äußerster Termin für die Umsatzsteuer des Monats November. Bei späterer Zahlung Goldumrechnung, Goldzinsen.

15. Dezember: Lohnsteuer und Arbeitgeber-Abgabe (siehe oben) auf Grund der im ersten Dezemberdrittel erfolgten Steuerabzüge vom Arbeitslohn.

25. Dezember: Lohnsteuer und Arbeitgeber-Abgabe auf Grund der im zweiten Dezemberdrittel erfolgten Steuerabzüge vom Arbeitslohn (siehe oben). Da der 25. und 26. Dezember Feiertage sind, kann die Zahlung noch am 27. Dezember geschehen.

Noch nicht steht fest, ob infolge der in der Steuernotverordnung vorgesehenen Vorverlegung des Termins für die Zahlung des 4. Quartals der Vorauszahlung auf die Einkommensteuer sowie der dritten Rate der Rhein-Ruhrabgabe auf 15. Dezember der gesamte Tag als neuer Zahlungstermin einzuschalten ist. Man wird die Veröffentlichung der Verordnung im Reichsgesetzblatt abzuwarten haben.

Ueber die Entwaffnung.

* **London,** 30. Nov. Reuter berichtete, daß die dem britischen Vertreter in der Militärkontrollkommission General Bingham zugeschriebene Mitteilung, wonach die Entwaffnung Deutschlands schon seit einigen Monaten durchgeführt sei, nicht für richtig gehalten werde. Es fänden fortgesetzt Uebungen von Mannschaften statt, deren große Zahl gegenwärtig nicht mit Artillerie ausgerüstet werden könne. In Thüringen werde die Fabrikation von Gewehren fortgesetzt und überdies beständen zwischen Krupp und Rußland sowie Schweden enge Beziehungen.

Das englische Auswärtige Amt erklärt, daß diesem Reuterschen Bericht keinerlei amtliches Ansehen beizumessen sei.

Die Times verlangt, daß das Reuterbüro seinen Gewährsmann nenne und sagt dann weiter:

Im Unterhause habe im letzten Mai der Unterstaatssekretär für den Krieg, Guinetz, erklärt, daß nach Ansicht der britischen militärischen Berater Deutschland wirksam entwaffnet sei. Es sei klar, daß das Land, das nicht in der Lage sei, schwere Artillerie, Tanks und vieles andere wesentliche Zubehör eines Heeres zu erzeugen, vollkommen unfähig sei, sich mit Nachbarn zu messen, die reichlich mit allen Erfordernissen moderner Kriegsführung ausgerüstet sind. In der Frage kleiner Waffen könne jedenfalls, soweit zu beurteilen möglich sei, gesagt werden, daß Deutschland die Waffenstillstandsbedingungen und die darauffolgenden Verfügungen annähernd erfüllt habe. Nach den Bedingungen vom 11. November 1918 muß Deutschland beispielsweise 25 000 Maschinengewehre ausliefern. Nach den Bedingungen des Vertrages dürfte es 1926 schwere und leichte behalten. Nach den vom Oberst Guinetz gebotenen Zahlen wurden 37 280 dieser Waffen ausgeliefert oder unmittelbar nach dem Waffenstillstand preisgegeben. 6004 wurden vor der Errichtung der Kontrollkommission zerstört und 87 950 wurden den Kommissionen Mitte Dezember 1919 und April 1923 ausgeliefert. Es seien wahrscheinlich mehr vorhanden als die gestatteten Zahlen, aber offenkundig sei die Verletzung [illegible] Deutschland des Artikels 177 des Versailler Vertrages, der bestimmte, daß „Fabrikationsstätten, Unterstände und allgemein gesprochen Verbindungen jeder Art sich nicht mit irgendwelchen militärischen Fragen befassen dürfen". Die Times erklärt, der Vaterlandsverband, die Hitlerleute, Kriegskameraden, Stahlhelm und hundert anderer derartiger Organisationen paradierten offen in militärischer Nachahmung militärischer Uebungen. Wenn das Heer auch auf die festgesetzte Zahl von hunderttausend herabgesetzt sei, so sei doch die Anzahl mehr oder weniger gelibter Männer unendlich größer. Obgleich Napoleon I. in der Lage war, das preußische Heer 1808 auf 42 000 Mann zu beschränken, sei es unmöglich gewesen, zu verhindern, daß es fünf Jahre später über sechsmal soviel gelibte Leute verfügte, und trotz der deutlichen, in den Entwaffnungsklauseln des Versailler Vertrags niedergelegten Bedingungen müsse zugegeben werden, daß die vollständige Kontrolle einer Nation durch eine andere sich wohl wieder als ein undurchführbares Streben erweisen werde. Dies bedeutet nicht, daß die britische Regierung nicht unbedingt entschlossen sei, Deutschland an die Vertragsbestimmungen zu halten, soweit es menschenmöglich sei, und die notwendigen Untersuchungen seiner militärischen Tätigkeit vorzunehmen. Besonders wachsam und löblich sei es, von Zeit zu Zeit alle bekannten Fabriken für Waffen und Kriegsmaterial zu besichtigen. Für alle internationalen Zwecke müsse Deutschland „wirksam entwaffnet" sein.

Richtlinien für den Beamtenabbau.

hb **Berlin,** 29. Nov. Wie die Expreß-Korrespondenz erfährt, sind vom Reichsfinanzminister den zuständigen Ressorts für die Durchführung des Personal- und Beamtenabbaus in den Staatsbetrieben u. a. folgende Richtlinien mitgeteilt worden:

Im Interesse einer schnellen und wirksamen Durchführung des Abbaus sollen zunächst möglichst sämtliche verheirateten weiblichen Beamten gekündigt werden. Nach der Abbauverordnung kann das Dienstverhältnis verheirateter weiblicher Beamter jederzeit am ersten Werktage zum Monatsende gekündigt werden, sofern nach dem Ermessen der Behörde die wirtschaftliche Versorgung des weiblichen Beamten gesichert erscheint. Bei Anwendung dieser Vorschrift soll davon ausgegangen werden, daß allen verheirateten weiblichen Beamten im allgemeinen die wirtschaftliche Existenz durch die Heirat gesichert erscheint. Den verheirateten weiblichen Beamten soll aber Gelegenheit gegeben werden, sich zu äußern, wenn ihrer Auffassung nach ihre wirtschaftliche Versorgung durch die Heirat nicht gesichert ist. Die Entlassung darf nur aus Gründen erfolgen, die ausschließlich im Abbau liegen. Neue weibliche Kräfte dürfen nicht an Stelle der Entlassenen treten. Bis auf weiteres soll die Entlassung weiblicher Beamter an die Zustimmung des Finanzministers geknüpft werden. Mit der Entlassung der Angestellten in den öffentlichen Betrieben soll soweit dies noch nicht geschehen ist, sofort begonnen werden. Vor allem sollen die Angestellten zu entlassen sein, die durch vorhandene beamtete Kräfte ersetzt werden können. Was die Reihenfolge, in der die Entlassung zu erfolgen hat, betrifft, so sollen zunächst möglichst alle verheirateten, weiblichen Angestellten gekündigt werden. Die Rücknahme der Kündigung in ganz besonderen Ausnahmefällen, ist zulässig, wenn nach dem Ermessen der obersten Reichsbehörde die wirtschaftliche Versorgung des verheirateten weiblichen Angestellten nicht gesichert erscheint. Im übrigen sind bei der Entlassung von Angestellten die Leistungen sowie die wirtschaftlichen und Familienverhältnisse maßgebend. Angestellte, die Versorgungsanwärter sind, sollen möglichst in letzter Linie zu entlassen sein, das Gesetz, das die Beschäftigung Schwerbeschädigter vorsieht, soll auch für die im Reichsdienst beschäftigten Angestellten Geltung haben und bei der Durchführung des Personalabbaus zur Anwendung kommen. Was die künftige Versorgung der zur Entlassung kommenden weiblichen Angestellten betrifft, so soll der obersten Reichsbehörde die Entscheidung überlassen werden, um eine Abfindungssumme zu gewähren. Die Gewährung einer Abfindungssumme an verheiratete weibliche Angestellte soll grundsätzlich nicht in Frage kommen, doch sind auch hier Ausnahmen, die die oberste Reichsbehörde zu verfügen hat, zugelassen.

Die Revolutionspropaganda der russischen Kommunisten.

Dieses Thema ist immer aktuell, beansprucht aber jetzt, da, wie der sozialistische Minister Severing gestern im Landtag bewiesen hat, die deutschen Kommunisten auf russische Befehle den Bürgerkrieg zu entfesseln versuchen, besonderes Interesse; wir geben deshalb hier wieder, was Hans von Eckardt darüber in der ausgezeichneten Hamburger Wochenschrift „Deutsche Einheit" (Nr. 47) vom 24. November schreibt:

In der amtlichen russischen Presse wird seit Monaten auf die angeblich herannahende deutsche Revolution hingewiesen. Mit allen Mitteln tollster Verhetzung, dauernder Verdrehungen und Entstellungen wird dem russischen Volke „bewiesen", es könne nun gar nicht fehlen: die Weltrevolution würde nun doch von Deutschland aus ihren sieghaften Anfang nehmen. Es sei nun nicht mehr notwendig, sich damit zu vertrösten, daß die Völker des Orients sich in Bewegung setzen würden; Europa würde sich selbst darauf besinnen, daß es an der Zeit sei, dem „Kapitalismus" und „der verrotteten Bourgeoisie" ein Ende zu machen.

Diese Weltrevolution soll aber nicht nur dem Proletariat dienen, sondern sie war von vornherein zur Entlastung des sowjetistischen Rußland erdacht und herbeigesehnt worden. Da der Kommunismus das russische Reich wirtschaftlich unerhört geschädigt und geschwächt hatte und es sich als unmöglich erwies, von den Großmächten Anleihen und Warenkredite zu erhalten, so wollte man die fremden Regierungen zu dieser Hilfe zwingen, indem man ihnen im eigenen Lande so große Schwierigkeiten schuf, daß sie zwangsläufig genötigt sein sollten, Rußlands Regierung anzuerkennen. Darüber hinaus sollte aber noch versucht werden, ungefügige Regierungen zu stürzen und durch proletarische Diktaturen zu ersetzen, die dann als Erstes Rußland mit Waren, Geld, Nahrungsmitteln und Waffen versehen sollten. Da es sich im Laufe der Zeit erwiesen hatte, daß der Kommunismus Rußland weltwirtschaftlich vollständig isolierte, so war man — um nicht zu Grunde zu gehen —, genötigt, ihn abzubauen und sich dem unkommunistischen kleinkapitalistischen Bauerntum und dem kapitalistischen Welthandel anzupassen; trotzdem behielt man jedoch die kommunistische Propaganda nach außen hin bei. Die Machthaber Rußlands wollten eben zwei Eisen im Feuer haben; als Sowjetregierung wollten sie mit dem Auslande über Handelsabkommen, Konzessionen und dergl. verhandeln, Geschäfte abschließen, Getreide verkaufen und Maschinen erwerben und als Exekutivkomitee der kommunistischen Internationale wollten die gleichen Leute, zum Teil sogar die gleichen Personen, ihre eigene egoistisch-russische Außenpolitik betreiben. So wurde die in Rußland selbst abgestellte, gelegentlich sogar völlig desavouierte und abgetane kommunistische Propaganda zu einem Mittel der russischen Außenpolitik. Hierin bewies die Sowjetregierung ihre Seelenverwandtschaft mit dem imperialistischen Panslavismus der Zarenregierung, denn auch diese liebte es, eine doppelte Außenpolitik zu betreiben, z. B. mit Oesterreich-Ungarn einerseits loyal und freundschaftlich zu verkehren, der Monarchie die Annexion Bosniens und der Herzegowina zu konzessionieren, andererseits aber mit Hilfe der panslavistischen Propaganda die Monarchie zu unterwühlen und die Balkanstaaten aufzupeitschen. Nach genau dem gleichen Rezept handelte man nun auch jetzt; die Sowjetregierung unterzeichnete z. B. den Freundschaftsvertrag von Rapallo, um dennoch gleichzeitig die kommunistische Propaganda in Deutschland aufzuziehen —, oder die Sowjetregierung schloß Verträge mit der Regierung des Königs von England, um gleichzeitig die Völker Asiens gegen die Briten mit Hilfe des asiatischen Bolschewismus mobil zu machen.

Damit war jedoch der Zweck der Weltrevolutionsidee noch nicht erschöpft; man bedurfte dieser Chimäre auch aus innerrussischen Gründen. Irgendwie mußte dem russischen Proletarier doch erklärt werden, warum man die marxistischen Experimente zuerst für eine geheiligte Aufgabe der Gegenwart gehalten habe, um sie zwei Jahre darauf aufzuheben. Der Mißerfolg wurde also damit begründet, Rußland könne sich nicht dauernd allein für den Sozialismus opfern; Marx hatte an eine gleichzeitige allgemeine Entwicklung aller Industrieländer und nicht an isolierte Ereignisse in einem einzigen Staate gedacht. Es gelte daher jetzt bloß, die vorgeschobenen Stellungen ein wenig zurückzunehmen, bis man in Deutschland, Oesterreich, Italien, England usw. so weit wie in Rußland sei. Die russischen Massen mußten mit dieser Aussicht des nahenden Aufmarsches der europäischen Proletarier dauernd in Stimmung erhalten werden; deshalb wollten die Sinowjew, Radek und Konsorten unausgesetzt Symptome sehen, die, in entsprechender Aufmachung, in Rußland als Vorbereitungen des revolutionären Proletariats gelten konnten. Zu diesem Zweck finanzierte man von Moskau aus die internationale kommunistische Bewegung so ziemlich der ganzen Welt, schuf eine Zentralorganisation, deren Bestimmung es war, die gesamte Bewegung nach russischem Willen zu lenken und jede einzelne Partei aufzuziehen und zu inspirieren. — 1921 gab es bereits 298 kommunistische Presseorgane in 24 verschiedenen Sprachen; allein in Deutschland erschienen 42, in Norwegen 41, in der Tschechoslowakei 20, in England 13, in Frankreich 12, in der Schweiz 7 Zeitungen und Zeitschriften, die alle mit Aufsätzen, Aufrufen und Befehlen des Exekutivkomitees in Petersburg angefüllt wurden. Ein statistisch wirtschaftliches Büro in Moskau, ein Hauptaktionsrat in Berlin und eine Unzahl von Agenten, die in den Handelsstellen der Sowjetregierung im Auslande untergebracht wurden, sorgten dafür, den Kommunismus in jeder Richtung auszubauen. Die alte Welt wurde in einer Weise unterhöhlt und bearbeitet, wie dies noch nie erlebt worden war; die „Weltbourgeoisie" wurde wie ein zu stellendes Wild eingekreist, beobachtet und verfolgt. Allerdings erreichte man das ersehnte Endziel doch nicht; aller Prophezeiungen des Vorsitzenden des Exekutivkomitees Sinowjew ungeachtet, blieb die Weltrevolution aus. Der Kommunismus überschätzte sich ganz gewaltig und beurteilte sowohl die weltwirtschaftliche Lage wie das Bürgertum Europas total falsch. Sinowjew machte sich mit seinen Vorhersagungen vom 20. 4. 1919: „Es wird kein Jahr vergehen und ganz Europa wird zum Sowjetlande werden" und vom Juli 1920: „. . . wahrscheinlich werden zwei und drei Jahre vergehen, damit ganz Europa zur Sowjetrepublik wird", lächerlich. Dann aber sah man doch endlich ein, daß man zu weit gegangen war. Die Weltrevolution wollte in Europa nicht gedeihen und deshalb gab man in Moskau zu Ende des Jahres 1920 die Losung aus, das Heil würde vom Osten, aus dem Orient kommen. Alle Kräfte der Propaganda wurden auf eine Bearbeitung der mohammedanisch-türkisch-turanischen Völker konzentriert und schließlich wurde auch wirklich erreicht, daß die Afghanen, Perser und Angoratürken mit Sowjetrußland ein Bündnis schlossen, welches England und seiner Kronkolonie Indien sehr unangenehm wurde. Wiederum hatte also diese neue Form der bolschewistischen Propaganda einem außenpolitischen Ziele gedient. Die erwartete Wirkung blieb jedoch schließlich aus, da die Angoratürken es vorzogen, sich mit den Engländern in Lausanne zu verständigen und die Russen inzwischen ohne weiteres fallen ließen. Da schwenkte Moskau, die große Chance des französischen Ruhreinbruchs geschickt benutzend, erneut ein und stellte sich, unter Radeks meisterlicher Führung, wiederum auf die Agitation in Deutschland ein. In Italien, Frankreich, England hatte der Kommunismus verspielt — nun sollte er, koste es, was es wolle, bei uns neu aufgewärmt werden. Da die Franzosen Deutschland zermürbten, die Wirtschaft und Währung direkt und indirekt unterhöhlten, so konnte die kommunistische Saat jetzt größere Erfolge versprechen. Es ist bekannt, wie man zuerst versuchte, im Ruhrgebiet mit den Franzosen zu paktieren und wie die Kommunisten dann schließlich, als dieses mißlang, durch Radeks Aufsätze über Schlageter den Anschluß an die Rechtsradikalen suchten. Als auch dieses Manöver verlagte, wurde Sachsen der Trumpf. Und nun begann die Generaloffensive. In allen kommunistischen Organen war nur noch von der Massenerhebung und dem Bündnis mit Rußland die Rede. Rußland, hieß es, würde helfen und retten. Es gelte nur den Sieg hier in Deutschland, in Berlin, Dresden und Hamburg zu erringen und sofort würde dann der Bruder des Ostens erscheinen und das französische Joch zu zertrümmern beginnen. — Was in Deutschland nicht deutlich genug gesagt werden konnte — oder was gesagt werden sollte, sprach die amtliche russische „Prawda" vor. Eindeutig und offen verlangt dieses offizielle Blatt eine Verstärkung der russischen Armee. Es herrsche überall, hieß es in der „Prawda", eine Angst vor der kommenden deutschen Revolution; Frankreich wappne sich aufs neue und Poincare erkläre, er würde unter keinen Umständen eine kommunistische Diktatur in Deutschland dulden; um allen Eventualitäten vorbeugen zu können, sei von Paris aus das Band mit der kleinen Entente noch enger geknüpft worden; die Reise des Präsidenten Masaryk und Beneschs nach Paris hätte dazu gedient, den militaristischen Imperialismus mobil zu machen; Polen würde gleichzeitig erneut finanziert und aufgehetzt. Unter solchen Umständen könne Rußland nicht abrüsten, sondern müsse bereit sein, im Augenblick der erwarteten proletarischen Erhebung aktiv mitzuhelfen. In der Nummer des 20. Oktober wird in einem Leitartikel erklärt, Ebert beraube den sächsischen Arbeiter seines letzten Stückes Brot und gieße das Blei, um das Proletariat zu ermorden. Deshalb sei es erforderlich, alle Kräfte zusammenzunehmen und die eiserne Faust auf „das Geschmeiß der Generale und Sozialisten" niedersausen zu lassen. In den allgemeinen Chorus hat jetzt auch Trotzki eingestimmt, der vor den Moskauer Metallarbeitern die gleichen Gedanken ausgesprochen hat. Der Oberbefehlshaber des russischen Heeres erklärte, an einem Siege der Kommunisten in Deutschland könne nicht mehr gezweifelt werden; dann käme es jedoch zu neuen Besetzungen deutscher Länder und zu einer Bedrohung der deutsch-russischen Beziehungen durch Polen. Dadurch würde Rußland ein neuer Krieg aufgezwungen werden; diesen Krieg würde man siegreich und ehrenvoll bestehen können. Posen würde sich dann in der Lage befinden, von der die polnischen Chauvinisten bisher immer bloß gefaselt hätten.

Diese Rede des bedeutendsten Mannes Sowjetrußlands ließ an Deutlichkeit nichts mehr zu wünschen übrig; das aktive Ziel der russischen Politik war entschleiert. Rußland treibt Deutschland dem Untergang entgegen, um dann seine eigene weltpolitische Position verbessern zu können. Das russische Volk soll aus der Sackgasse der kommunistischen Wirtschaftspolitik dadurch herausgerissen werden, daß man Deutschland ausnutzt, als proletarischen Staat sich gefügig macht, um dann das noch vorhandene Erbe der kapitalistischen Wirtschaft unter sich aufzuteilen. Es fragt sich nur, ob die deutschen Arbeiter wirklich so kurzsichtig sein werden, das russische Spiel mitzumachen, einzig um denjenigen Staate zu helfen, der den Kommunismus und Marxismus längst abgeschafft hat und sich eifrigst bemüht, zum verfeinerten Kapitalismus zurückzukehren.

Aus Nah u. Fern.

Die Natur im Dezember.

-kos. Nach dem schönen Herbst haben wir hoffentlich auch einen gleichen Dezember zu erwarten und zum Schluß ein weißes Weihnachten, den Wunsch von jung und alt. Nur kein Regenwetter zum Fest, aber auch keinen starken Frost, denn die Kohlennot klopft an alle Türen. Die weiße Winterdecke ist aber nicht nur schön, ein Wald in Schnee und Rauhreif wohl das malerischste, was es geben kann, sondern eben so nützlich; unter ihr ruhen Saat und Samen am sichersten und nicht vorzeitig wird das Leben angeregt. Sie enthüllt dem kundigen Auge auch manches Geheimnis, das sonst nur der Spürnase des Hundes bemerkbar ist, die Fährten der Vierfüßler, die man sonst nur durch Zufall zu Gesicht bekommt. Deshalb ist jetzt auch für dies eine schlechte Zeit, insonderheit für die, deren Winterpelz wertvoll ist. Das Ohr vernimmt in der Stille nicht minder mancherlei: das Geflüster der Meisen, den Schrei des Hähers, das Gekrächze der Krähen, den Gesang des Zaunkönigs und an bevorzugten Plätzen vielleicht gar das Locken des Kreuzschnabels oder das Liedchen der Wasseramsel. Anders an den Futterplätzen der Vogelfreunde, da stellt sich allerhand Volk ein und es herrscht reges Leben, aber es geht auch hier leis zu, selbst wenn sich ein paar um einen besonders guten Bissen raufen. — Die Pflanzenwelt bietet ebenfalls nicht viel; kahlos stehen die meisten Pflanzen oder sind ganz verschwunden. Nur die immergrünen machen eine Ausnahme und ein paar kümmerliche Blüher, standhaftes Unkraut, das sich wacker durchschlägt, aber keinen Schmuck gibt. Besonders gern gesehen wird die Mistel, dieser seltsame Schmarotzer, der durch sein gelbgrünes Laubwerk und seine wachsperlenähnlichen Früchte eine Sonderstellung einnimmt. Bei mildem Wetter öffnet auch die schwarze Nießwurz oder Christrose ihre Blüten, die in ihrem Weiß mit dem Schnee wetteifern. Dafür scheint ein Teil der Pflanzen in die Zimmer gewandert zu sein, wo Alpenveilchen, Hyazinthen, Crocus, Tulpen, Veilchen u. a. im schönsten Verein blühen, leider zeigen sie nur zu oft, daß sie zu früh zum vorzeitigen Leben erweckt wurden, so zart, so kränklich muten sie an.

Vermummte Räuber.

* **M.-Gladbach,** 29. Nov. Die Einbrecherbanden, die in der letzten Zeit die Gegend unsicher gemacht haben, sind festgenommen worden. Die Zahl der Verhafteten, die dem Bensberger Amtsgericht vorgeführt worden sind, ist auf 13 gestiegen. Weitere Verhaftungen werden folgen. Die Einbrecher waren bewaffnet, vermummt und durch geschwärzte Gesichter unkenntlich gemacht.

Beschämend.

* **Köln,** 30. Nov. Wegen Verbreitung unzüchtiger Bilder und Erregung öffentlichen Aergernisses wurden ein Kaufmann und ein Mechaniker zu je einem Monat Gefängnis bestraft. Sie erhielten aber Strafaufschub bei Zahlung von 50 bezw. 200 Goldmark. Sie hatten die Serien an Engländer verkaufen wollen, waren aber dabei abgefaßt und der deutschen Behörde übergeben worden und suchten sich damit zu entschuldigen, daß die Bilder ja für das Ausland bestimmt gewesen seien.

Auch Duisburg vollständig befreit.

wtb. **Duisburg,** 29. Nov. Die Separatisten wurden heute von belgischer Gendarmerie entwaffnet. Damit hat die Separatistenherrschaft in Duisburg ihr Ende gefunden.

Der Majoratsherr unter Anklage.

hb **Berlin,** 29. Nov. Wilhelm v. Keudell, der Sohn des ehemaligen Oberzeremonienmeisters des Kaisers, gegen den mehrere Strafverfahren wegen verschiedener Einbrüche sowohl bei der Strafkammer des Landgerichts 3 in Berlin als auch vor der Strafkammer in Kassel schweben und der sich seit nahezu Jahresfrist in Untersuchungshaft befindet, ist jetzt nach dem Tode seines Vaters Majoratsbesitzer des v. Keudellschen Familiengutes Schwoebda bei Eschwege geworden. Dadurch ergibt sich für das vor der Strafkammer in Kassel anhängige Verfahren eine eigenartige Sachlage. v. Keudell wird nämlich dort beschuldigt, in seinem eigenen Schloß eingebrochen und sein Eigentum gestohlen zu haben. Wie erinnerlich, fand im Dezember vorigen Jahres ein von mehreren Personen verübter Einbruch im Schloß Schwoebda statt. Die Diebe hatten wertvolle Teppiche und Bilder des Kaisers und der kaiserlichen Familie mit eigenhändigen Widmungen gestohlen. In Berlin waren Pelz- und zahlreiche Juwelendiebstähle von einer organisierten Bande verübt worden, insgesamt gegen 600 Diebstähle. v. Keudell soll nach der Anklage ein Mitglied dieser Diebesbande gewesen sein. v. Keudell ist inzwischen von mehreren Gerichtsärzten auf seinen Geisteszustand untersucht worden. Er ist bisher nicht entmündigt, sondern steht unter vorläufiger Vormundschaft eines Bruders seines Vaters. Die Verwaltung des Vermögens ist ihm dadurch entzogen, wenn er auch formell Majoratsherr geworden ist.

Frauenstudium in Deutschland.

Seit 1912 ist die Zahl der Studentinnen von 2000 auf 6179 gestiegen. Besonders bevorzugt ist Nationalökonomie. Am meisten Frauen studieren in Berlin, München, Freiburg. An den technischen Hochschulen sind 283 Frauen (182 Naturwissenschaften und Mathematik, 45 Architektur, 12 Maschinenbau).

Vater und Schwester ermordet.

In Möglenz bei Liebenwerda hat der 20jährige Kurt Lorenz seinen Vater, den 49jährigen Maurer Wilh. Lorenz, und seine Schwester, die 21jährige Martha L., ermordet. Unter Beihilfe des jugendlichen Arbeiters Saalbach hat er seine Schwester beim Melken überfallen, erschlagen und noch lebend in die Jauchegrube geworfen, wo sie ertrunken ist. Dann lockte er den Vater unter einem Vorwande in den Hof und erschlug ihn. Um die Spuren zu verwischen, wurde nachts Kies gefahren, der ganze Garten umgegraben und die Leiche des Mannes im Garten vergraben. Der Sohn und der Mittäter wurden verhaftet.

Unwetter in Oberitalien.

wtb. **Berlin,** 30. Nov. (Tel.) Wie die Vezet aus Triest meldet, wütet über ganz Oberitalien seit einigen Tagen ein heftiges Unwetter. Infolge andauernden Regens sind der Isonzo und seine Nebenflüsse derart angeschwollen, daß das Wasser die Wehre überflutet und eine Reihe von Ortschaften in der friaulischen Ebene überschwemmt hat. Die Brücke bei Gradiska ist eingestürzt. Truppen und Feuerwehren bemühen sich um die Eindämmung der Fluten, die an manchen Stellen bis zu drei Meter angestiegen sind.

Abonniert die „Schwerter Zeitung"!

Zum Geleit.

Wenn ich hasse, so nehme ich mir etwas, wenn ich liebe, so werde ich reicher um das, was ich liebe.
Schiller.

•

Ein edles Beispiel macht die Taten leicht.
Goethe.

* * *

Erinnerungen.

1. Dezember:
1709 Der Dichter Abraham a Santa Clara gest.
1859 Der Geschichtsmaler Alfred Rethel gest.
1875 Erste Volks- und Gewerbezählung im Deutschen Reiche.
2. Dezember:
1547 Ferd. Cortez, der Eroberer Mexikos gest.
1594 Der Geograph und Karthograph Gerhard Mercator gestorben.
1804 Kaiserkrönung Napoleons I.
1805 Drei-Kaiser-Schlacht bei Austerlitz.
1914 Belgrad erobert.

Aus Stadt und Umgebung.

Schwerte, den 1. Dezember 1923.

Zum 1. Advent.

Süßer die Glocken nie klingen, als zur Weihnachtszeit. Mit dem ersten Advent beginnt diese. Die Vorfreude der Kinder nimmt ihren Anfang. Die Weihnachtsheimlichkeiten häufen sich. Auch im Herzen der Erwachsenen beginnt ein seltsam Rauschen. So ist es immer wieder das Fest der alten Botschaft vom Heiland der Welt, das die Menschenseelen in Schwingungen bringt, wie kein zweites auf Erden. Und man spürt gleichsam das Klopfen Jesu Christi an der Herzenstür. Dem soll ein Inneres Auftun folgen, eine Neigung der Sinne und Gedanken. Dann tritt göttliches Wollen und Wirken in unser Gemütsleben ein: Licht, Liebe, Leben. Das aber ist es gerade, was wir so nötig brauchen in unserer dunklen, kalten, toten Gegenwart.

So sei uns denn gegrüßt von Herzensgrunde
Du süße, freudenreiche Zeit.
Du bringst uns neue frohe Kunde
Von ihm, dem Herrn der Herrlichkeit,
Der nun zu unserm Trost erscheint,
Und liebend sich mit uns vereint.

—* **Vortrag über Erziehung zur sparsamen Brennstoffverwendung.** Dieser Vortrag wurde am Dienstag, den 27. November in der Aula des Realgymnasiums von einem Vertreter der Hauptstelle der Wärmewirtschaft in Darmstadt gehalten. Die Schulbehörde war vertreten durch die Herren Regierungs- und Schulrat Lohoff und Arnstedt und Herrn Kreisschulrat Stader in Schwerte. Letzterer hatte, wie wir hören, für Schwerte den lehrreichen Vortrag ermöglicht. Der Vortrag war interessant, ausführlich und klar. Er erstreckte sich auf die im Hausbrand gebräuchlichen Brennstoffe, den Verbrennungsvorgang, das Gas im Haushalt, die Schornsteine, Wärmeverwertung, Verminderung des Wärmeverbrauches im Hause und Anleitung zur Behandlung dieses Stoffes im Chemie- und Physikunterricht in der Schule. Ein zweiter Vortrag des Herrn Mittelschullehrers Externbrink-Iserlohn brachte die chemischen und phys. Versuche betreffend die Ausführungen seines Vorredners, wie sie in jeder Volksschule mit den einfachsten Mitteln vorgeführt werden können. — Jedes Wort ist zuviel, was aber die Nützlichkeit dieser Veranstaltung in der heutigen schweren Zeit gesagt wird. Zum Schlusse richtete Herr Geheimrat Lohoff warme Worte über die Not der Zeit und der Bevölkerung an die zahlreich versammelten Lehrer, Worte, die aus treuem vaterlandsliebenden Herzen kamen.

—* **Bilder vom Tage** sind wieder neu eingetroffen und bei der Geschäftsstelle zur Ansicht ausgestellt.

—* **Eine Bekanntmachung über „Hundesperre"** wird in heutiger Nummer veröffentlicht und machen wir ganz besonders auf diese aufmerksam.

—* **Im Anzeigenteil der heutigen Nummer** unserer Zeitung befindet sich eine Bekanntmachung über den Wasserpreis, worauf wir unsere Leser ganz besonders aufmerksam machen.

—* **Unsere Lokalnotiz betr. Schutz Schwerbeschädigter vor Kündigungen** möchten wir dahingehend vervollständigen, daß Schwerbeschädigte, denen das Arbeitsverhältnis gekündigt wird, ersucht werden, sich umgehend bei der hiesigen Fürsorgestelle, Rathaus, Zimmer Nr. 2, zu melden.

—* **Streik.** Infolge Lohndifferenzen ist die ganze Belegschaft der Eisenindustrie Menden-Schwerte in den Ausstand getreten. Wie uns hierzu noch gemeldet wird, ist der zu erwartende Schiedsspruch von der Belegschaft nicht abgewartet worden. Wir hoffen aber, daß die Differenzen noch im Laufe des heutigen Tages beigelegt werden.

+ **Zimmerbrand.** In den gestrigen Abendstunden entstand in der Wohnung des Schlossers Lemke an der Hagenerstraße infolge Umfallens einer Petroleumlampe ein kleiner Zimmerbrand, der von den Hausbewohnern zwar im Keime erstickt wurde, bei dem jedoch einiger Schaden entstanden ist.

+ **Einen bösen Unfall** erlitt gestern nachmittag der Lehrling Heinr. Werner, der auf einem Fahrrade die Schützenstraße passierte. Unweit der Eisenbahn-Unterführung kam er in dem Bestreben, einem Lastauto auszuweichen, so unglücklich zu Fall, daß er außer Hautverletzungen im Gesicht einen Bruch des Schlüsselbeins erlitt, der ihn für längere Zeit an das Krankenbett fesseln wird; auch das Stahlroß wurde bei dem Unfall schwer beschädigt.

—* **Aus der evangelischen Gemeinde.** Mit diesem Sonntag beginnen wir unser neues Kirchenjahr. Was wird es uns bringen? Der Anfang ist so dunkel und erst wie wohl kaum zuvor. Gottlosigkeit und Knechtschaft, Hunger und Arbeitslosigkeit sind die Zeichen der Zeit. Das muß alles anders werden. Gott läßt dich diese Zeit erleben, daß du helfen sollst, daß alles neu wird, wenn er jetzt wiederkommt zu Gnade und Gericht. „Er kommt, er kommt mit Willen, mit voller Lieb und Lust, all Angst und Not zu stillen, die ihm an Euch bewußt." Ihm wollen wir unsere Herzen öffnen, ihm in unsern Häusern die Adventsbäumlein anzünden, ihm unsere Lieder singen, alt und jung. Dann wird es doch licht und froh werden in Herz und Haus.

Durch den Eintritt der kalten Witterung werden wir wieder vor die Frage der Heizung der Kirchen gestellt. Wir haben einen kleinen Vorrat an Kohlen und Koks. Aber der reicht bei weitem nicht aus für beide Kirchen während des Winters. Irgendwie werden wir uns einschränken müssen. Definitive Beschlüsse des Presbyteriums werden diese Woche herauskommen. Am kommenden Sonntag soll in beiden Kirchen geheizt werden. Es wird dann vermutlich vorübergehend eine Kirche geschlossen werden, um für Weihnachten und Neujahr genügend Kohlenvorrat zu haben und dann beide Kirchen heizen zu können. — Folgende Weihnachtsfeiern werden heute schon bekanntgegeben: Ev. Frauenverein und Ev. Volksverein Wandhofen: am 16. Dezbr. im Gemeindehaus, Ev. Frauenverein Lichtendorf am 27. Dezbr. bei Hauske, Ev. Frauenverein Geisecke am 27. Dezbr. bei Eichmann.

—* **Das evangelische Krankenhaus** dankt allen denen, die seiner bei der Herbstsammlung so freundlich gedacht haben, herzlich. Der Dank gilt nicht nur denen, die in Geld ihre Gaben darboten, sondern auch denen, die aus den Landgemeinden der Umgegend für die Vorräte des Hauses liebevoll gesorgt haben.

—* **Der plattdeutsche Abend** des evangelischen Vereins junger Mädchen mit den beiden Aufführungen: „Die Schwerter Hochzeit vor 50 Jahren" und „Das Stielmusäreparen" muß um acht Tage verschoben werden. Sie finden daher also erst am 2. Advent statt.

+ **Lichtspiele „Zur Reichskrone"** Herr Tondock hat, in dem Bestreben, seinen Besuchern nur Gutes zu bieten, auch bei der Zusammenstellung des neuen Programms, welches bis Montag läuft, wieder eine glückliche Hand gehabt. In dem fünfaktigen Wildwest-Film „Knickerbockers Irrfahrten" wird der Beschauer mitten in das Leben und Treiben der amerikanischen Wildnis, an die Grenze der Zivilisation versetzt, wo die Sucht nach dem Gelde auch die Beamtenschaft, die Hüter von Recht und Gerechtigkeit, in seinen Bann zieht. Prächtige Reiterszenen wechseln mit hübschen Landschaftsbildern, an denen sich das Auge erfreut, ab und ein reizendes Liebesidyll wird in dem Film zum glücklichen Abschluß gebracht. — Der zweite Film „Die Sängerin", nach der gleichnamigen Novelle von Wilhelm Hauff, bringt eine alltägliche Geschichte von menschlichen Schwächen und Leidenschaften, allerdings im Gewande einer längst entschwundenen Zeitepoche, der Biedermeierzeit. Auch dieser Film, der sich durch straffen Aufbau und dramatisch belebte Handlung auszeichnet, befriedigt ungemein. Das eingelegte Lustspiel „Larry Semon auf der Brautschau" hat zwar absolut keine Berechtigung, aber es werden Tränen bei der Vorführung des Schwankes gelacht und das ist ja schließlich die Hauptsache.

—* **Vorläufig keine Wohnungsbauabgabe mehr!** Im „Reichsanzeiger" wird eine Bekanntmachung des preußischen Staatsministeriums veröffentlicht, wonach die Einziehung der Wohnungsbauabgabe bis auf weiteres eingestellt wird.

—* **Mitnahme von 500 Goldmark ins Ausland.** Durch Verordnung vom 25. Oktober 1923 ist das Kapitalfluchtgesetz dahin geändert worden, daß fortan „Beträge im Werte von höchstens 500 Goldmark oder der entsprechende Wert in ausländischer Währung" ohne besondere Genehmigung mit ins Ausland genommen werden dürfen.

—* **Post nach Amerika im Dezember.** Eilige Briefpost geht im Dezember am 2. von Hamburg und Bremen über Southampton, am 4. von Bremerhaven, am 5. von Hamburg und Bremen über Liverpool, am 9. über Southampton, am 14. von Bremerhaven, am 12. und 14. von Hamburg, am 15. und 19. über Southampton, am 21. von Hamburg, am 26. über Liverpool, am 28. von Bremerhaven, am 30. über Southampton. Schlußzeit ist für Southampton in Hamburg 10.00 Uhr nachm., für Liverpool 7.00 Uhr nachm., für Hamburg daselbst 10.00 Uhr nachm., für Bremen 5.00 Uhr nachm., für Bremerhaven und Hamburg 8.00 Uhr nachm., für Bremen 1.00 nachm. Die Beförderungsdauer bis Newyork beträgt am 2. Dezember 10 Tage, am 4. 11, am 5. 11, am 9. 10, am 11. 9, am 12. 11—12, am 14. 11, am 15. 10, am 21. 11, am 26. 11, am 28. 10, am 30. 10.

—* **Das widersinnige Notgeld-Annahmeverbot.** Ein Sonderausschuß der besetzten Gebiete hat sich (wie ein Drahtbericht aus Essen meldet) nach Berlin begeben, um dort mit dem Währungskommissar und den übrigen zuständigen Stellen darüber zu verhandeln, daß die Anordnung der Reichsbank, wonach bei ihren Kassen nur noch Reichsgeld in Zahlung genommen wird, für die besetzten Gebiete vorläufig aufgehoben wird, da sonst ein Zahlungsverkehr nicht mehr aufrechterhalten werden kann. Für Duisburg ist bereits das Annahmeverbot für Notgeld aufgehoben worden.

An unsere Postbezieher!

Die Postverwaltung erläßt soeben an sämtliche Postanstalten eine Verfügung, die äußerst

wichtig

ist für alle Postbezieher unserer Zeitung. **Nach dieser Verfügung ist es den Abonnenten für den Monat Dezember nicht mehr möglich, nach dem 1. Dezember eine Zeitung beim Postamte zu bestellen.**

Alle Postbezieher

sind bei Bestellung nach dem 1. Dezember gezwungen, sich direkt an den Verlag zu wenden. Um sich unnötige Auslagen zu ersparen, raten wir unsern Postbeziehern dringend,

sofortige Erneuerung

des Postabonnements vorzunehmen.

Aus den Provinzen.

Dortmund. (In dem Beleidigungsprozeß) des ehemaligen deutschen Kaisers gegen den Dortmunder „Generalanzeiger" wurde Verhandlungstermin am hiesigen Amtsgericht auf den 17. Dezember festgesetzt.

Hagen. (Das wertbeständige Notgeld der Stadt Hagen) ist in Druck und soll heute durch die städtischen Auszahlungen an Erwerbslose in Verkehr gesetzt werden. Es besteht aus zwei Serien zu ½ und 1 Dollar Goldanleihe.

Bochum. (Die Franzosen) haben die Reichsbank wieder freigegeben. Die ausgewiesenen Beamten dürfen wieder zurückkehren.

Recklinghausen. Dem seinerzeit ausgewiesenen Landrat Dr. Klausener ist die Rückkehr gestattet worden.

Essen. (Die Rheinisch-westfälische Zeitung) ist auf unbestimmte Zeit verboten worden. Die Gründe hierfür wurden von der Besatzungsbehörde bisher noch nicht bekanntgegeben.

Meschede. Der „Meschede Zeitung" wird geschrieben: Eine auffallende Häufung des Namens Meschede findet sich bei folgender, auf Wahrheit beruhender Erzählung: Vor kurzem wurde bei dem Gutsbesitzer Meschede in Halbeswig, Kreis Meschede, der Versuch gemacht, Schafe zu stehlen. Der Bruder des Besitzers, Assessor Meschede, der zufällig dort zu Besuch weilt, überraschte die Diebe und verwundete einen von ihnen, so daß dieser sich in ärztliche Behandlung und zwar zum Doktor Meschede nach Bigge begeben mußte. Der aufsichtsführende Richter des Amtsgerichtes Meschede, vor demnächst die Angelegenheit zur schöffengerichtlichen Verhandlung kommen wird, ist Amtsgerichtsrat Meschede.

Laasphe. (Verhaftet und erhängt.) Von der Polizei wurde hier ein Landwirt aus Sterzhausen verhaftet, weil er ein an Notlauf krepiertes Schwein im Auftrag des Besitzers, eines reichen Bauern aus dem gleichen Orte, zwecks Verkaufs ins Siegerland schaffen wollte. Aus Furcht vor der verdienten Strafe machte der Mann in der Nacht in seiner Zelle seinem Leben durch Erhängen ein Ende.

Finnentrop. (Die Brotpreise) wurden in einer Versammlung der Vorstandsmitglieder der Bäckerinnungen des Kreises Olpe hierselbst besprochen. Nach längerer Aussprache einigte man sich trotz schwerwiegender Bedenken eines Teiles der Versammlung auf den Preis von 0,75 Goldmark für ein dreipfündiges und 1,50 Goldmark für ein 6pfündiges Brot.

Im Kampf um Liebe.

Roman von Rudolf Zollinger.

27] (Nachdruck verboten.)

„Uebrigens — damit wir uns nicht mißverstehen, mein Herr," erwiderte sie nach einem kurzen Schweigen mit nur halb gelungenem Versuch, ihrer Rede einen scharfen und entschiedenen Klang zu geben, „das Versprechen, das Sie mir da abgenötigt haben, und das ich selbstverständlich einlösen werde, ist das einzige und letzte Zugeständnis, das Sie von mir erwarten dürfen! Ich habe Ihre Andeutungen nur zur Hälfte verstanden; aber was auch immer sich dahinter verbergen mochte: es hat mich nicht im mindesten beunruhigt oder erschreckt. Wenn Sie einen anderen Eindruck gewonnen haben sollten, so würde ich es noch immer vorziehen, unsere Abmachung rückgängig zu machen und Ihnen zu überlassen, was Sie tun wollen!"

Der lange Wilhelm machte eine höflich abwehrende Geste.

„Aber durchaus nicht, Fräulein Magnus! Ich bin felsenfest überzeugt, daß Ihnen alles, was Sie für mich tun wollen, nur von der Güte Ihres Herzens diktiert wird. Und ich halte diese Güte für so schrankenlos, daß ich sicher bin, Sie würden mir noch viel mehr gewährt haben, wenn ich unbescheiden genug gewesen wäre, mehr zu verlangen."

„Darin dürften Sie sich denn doch sehr gründlich täuschen! Und Sie werden mich nicht für so dumm halten, daß ich Ihren Sarkasmus nicht verstände. Aber ich warne Sie, Herr Langheld! In diesem Lande, dessen schnelle Justiz Sie soeben gerühmt haben, werden Erpresser sehr hart bestraft!"

„Wenn das auf mich gehen soll, was ich im übrigen für ganz unmöglich halte, so erlauben Sie mir vielleicht, es sehr belustigend zu finden. Da Sie, wie Sie sagen, nichts zu fürchten haben — —!"

„Nein, ich habe nichts zu fürchten," fiel sie ihm heftig ins Wort. „Und Ihre versteckten Drohungen lassen mich vollkommen gleichgültig. Aber ich will nicht, daß der Name eines Toten, der mir teuer war, zum Gegenstand irgendeines Skandals gemacht werde, auch wenn dieser Skandal für niemanden verhängnisvoll wäre, als für Sie, Herr Langheld! Und ich begreife außerdem, daß Sie sich Hoffnung darauf gemacht hatten, in dem Testament meines Verlobten bedacht zu werden. Deshalb allein — und aus keinem anderen Grunde — habe ich mich bereit erklärt, Ihnen eine angemessene Summe aus dem Nachlaß zu bewilligen!"

Der Amerikaner nickte in höflicher Zustimmung.

„Und deshalb allein stellten Sie mir die Bedingung, Deutschland sofort und für immer zu verlassen — nicht wahr?"

„Ich stellte diese Bedingung, weil es mir peinlich sein würde, Ihnen wieder zu begegnen! Und außerdem hatten Sie mir ja selbst gesagt, daß es Ihr Wunsch sei, nach Amerika zurückzukehren."

„Allerdings! Wenngleich ich es damit ohne Ihr ausdrückliches Verlangen vielleicht nicht gar so eilig gehabt haben würde. Ist es mir doch durch unsere Vereinbarung nun sogar unmöglich gemacht, meinem armen, so jäh dahingerafften Freunde die letzte Ehre zu erweisen!"

Luisa würdigte diesen sentimentalen Stoßseufzer keiner Antwort. Ein paar Sekunden lang wartete sie, ob der andere noch etwas hinzufügen würde; dann tat sie einen Schritt in das dunkelnde Zimmer hinein.

„Ich muß jetzt zu meinem Vater. Leben Sie wohl, Herr Langheld, und vergessen Sie nicht, was ich Ihnen vorhin sagte! Ich würde es um Ihretwillen bedauern, wenn wir uns eines Tages als Feinde gegenüberstehen müßten!"

„Das Bedauern würde auf meiner Seite sicherlich nicht geringer sein, Fräulein Magnus! Sie ahnen ja gar nicht, wie hoch ich Ihre Freundschaft schätze! Niemals habe ich tiefer beklagt, mich schon in so vorgerückten Jahren zu befinden und von der Natur so wenig verschwenderisch ausgestattet zu sein, als seit dem Beginn unserer Bekanntschaft. Wenn ich jung und stattlich wäre, wie zum Beispiel der Neffe meines armen Freundes Jenssen — wer weiß, ob ich dann heute nicht etwas ganz anderes von Ihrer Güte erbeten hätte, als dies armselige Geld."

„Sie werden spaßhaft, mein Herr, aber Sie müssen schon entschuldigen, wenn ich nicht in der Laune bin, auf Ihre Späße einzugehen!"

„Spaßhaft? Daß ich nicht wüßte! Auch als reifer Mann kann man ein entzündliches Herz in der Brust tragen. Und was diesen Herrn Rodeck betrifft, so würde ich an seiner Stelle keinen Augenblick im Zweifel sein über das, was ich zu tun hätte! Vielleicht, wenn Sie sich entschlössen, ihm auf halbem Wege entgegenzukommen, böte sich da die beste und einfachste Lösung für alle Schwierigkeiten. Der Tausch wäre so übel nicht, und —"

„Genug! Wir wollen uns nicht in törichtes Geschwätz verlieren! Und ich kann mich Ihnen nun wirklich nicht länger zur Verfügung stellen. Noch einmal also: Adieu!"

„Adieu, Fräulein Magnus! Ich darf ja nicht sagen: Auf Wiedersehen! Aber Sie dürfen versichert sein, daß ich Sie auch in der Ferne nicht vergessen werde. Nein — auf mein Wort als Gentleman: — ich werde Sie nicht vergessen!"

Er ging, und Luisa schüttelte hinter ihm mit einer Gebärde leidenschaftlichen Zornes die geballte Faust. Sie hatte es nicht eilig, zu ihrem kranken Vater zurückzukehren, sondern sie warf sich in einen Sessel, verschränkte die Hände hinter dem Kopfe und starrte mit finster zusammengezogenen Brauen zur Decke des Zimmers empor. Sicherlich waren es Gedanken der unerfreulichsten Art, die sich hinter ihrer Stirn jagten; denn von Zeit zu Zeit stieß sie einen ihrer zierlichen Füße so heftig auf den fadenscheinigen Teppich, als ob sie da etwas Widerwärtiges oder Feindseliges zertreten wollte. Dann, als empfände sie mit einemmal das Bedrückende der Dunkelheit, die aus allen Winkeln des Zimmers auf sie zukriechen schien, sprang sie plötzlich auf und eilte zur Tür. Fast im nämlichen Augenblick schlug draußen die Wohnungsglocke an, und sie trat auf den Gang hinaus, um selbst zu öffnen.

Es war Gerhard Holthausen, der vor ihr stand, müde und schlaff, mit hängenden Schultern und gesenktem Kopfe. Bei ihrem Anblick straffte er sich mit einer energischen Anstrengung des Willens zusammen, zog hastig die Wohnungstür hinter sich zu und legte mit einer ungestümen Bewegung seinen Arm um ihren schlanken Leib.

(Fortsetzung folgt.)

*

❖ ❖ Turnen, Sport und Spiel. ❖ ❖

Boxen.

Der Hagener Box-Club 21 veranstaltet am Sonntag, den 2. Dezember, abends 7 Uhr, in der Hagener Stadthalle einen Kampftag zu Gunsten der Notgemeinschaft. Kämpfer aus Dortmund, Mülheim-Rhein, Hagen und Schwerte werden sich hier im Ring gegenüberstehen. Die Schwerter Sportvereinigung 06 entsendet zu diesen Kämpfen zwei ihrer Besten, Hertel 1 und Fuchs.

Hertel 1 wird Borowski (Hagen) als Gegner haben. Dieser Kampf ist insofern von Interesse, da man Hertel 1 vor drei Wochen beim Großkampftag eine Chance zur Erringung eines Ehrenpreises und Plakette entzog, indem man Borowski (Mittelgewicht) gegen den Schwergewichtler Sander stellte. Hertel 1 muß also alle Register seines Könnens ziehen, um den Kampf für sich zu entscheiden.

Fuchs soll, wie verlautet, gegen den Gaumeister Weber (Hagen) kämpfen. Fuchs ist zwar gut im Training, wird aber trotzdem Mühe haben, ein Unentschieden zu erzwingen. —

Fußball.

Liga 2 fährt Sonntag nach Hagen 60, um der Liga-Lehr-Mannschaft ein Freundschaftsspiel zu liefern.

Jugendspiele!

1a-Jugend 06 spielt Sonntag auf dem Sportplatz hinter der Töchterschule gegen den spielstarken T.S. Barmen 46. Ein interessantes Spiel ist zu erwarten. Anfang 3 Uhr.

Handel und Börse.

Wertpapierbörse in Dortmund.

Der langjährige Wunsch weiter Kreise der Handels- und Bankwelt der Provinz Westfalen auf Errichtung einer Wertpapierbörse in Dortmund geht der Verwirklichung entgegen. Eine erste Börsenversammlung, die bei Berücksichtigung der Verkehrsschwierigkeiten über Erwarten gut besucht war, fand im Beisein von Vertretern von Behörden und der Presse am 27. ds. Mts. nachm. 2½ Uhr, im Börsenhause, Viehmarkt 2, Ecke Steinstraße, statt. An den Vorarbeiten haben sich die Handelskammer, die Dortmunder Großbanken und die Stadtverwaltung rege beteiligt.

Der Vertreter des Präsidenten der Handelskammer, Herr Dr. Jucho, begrüßte die Erschienenen und ging in seinen Ausführungen auf die geschichtliche Entwicklung des Gedankens, eine Wertpapierbörse in Dortmund ins Leben zu rufen, ein. Schon in früheren Jahren ist in den beteiligten Kreisen der lebhafte Wunsch zum Ausdruck gekommen, für die Provinz Westfalen eine Wertpapierbörse mit dem Sitz in Dortmund zu begründen. Dem Vorstand der Getreidebörse dankte er für das freundliche Entgegenkommen, das er durch Zurverfügungstellung seiner Börsenräume nebst Fernsprecheinrichtungen usw. bewiesen hat. Herr Dr. Jucho gab der Hoffnung Ausdruck, daß das junge Unternehmen trotz der schwierigen Zeitverhältnisse recht bald eine das Wirtschaftsleben befruchtende Einrichtung werden möge. Für die bis jetzt in Aussicht genommene Einrichtung einer Börse liegen bereits eine so große Anzahl von Anmeldungen vor, daß mit einem ziemlich regen Börsenverkehr gerechnet werden darf.

Herr Bürgermeister Dr. Fischer sprach namens der Stadtverwaltung die besten Wünsche für die Entwicklung der Börse aus. Er wies auf die Eigentümlichkeit hin, daß die Provinz Westfalen mit ihrem ausgedehnten Bergbau und ihrer weitentwickelten Industrie bisher keine Börse besaß.

Herr Bankdirektor Schneider gab einen Ueberblick über die Verhandlungen mit dem Handelsministerium und mit den Börsen in Düsseldorf und Essen und bedauerte, daß eine Verständigung mit diesen sich nicht habe ermöglichen lassen. Er betonte nachdrücklichst, daß die Dortmunder Börse nicht ein Konkurrenzunternehmen gegenüber der Essener und Düsseldorfer Börse, sondern eine Ergänzung dieser Einrichtungen sein sollte. Er wies auf die Schwierigkeiten im Wertpapierhandel mit Berlin hin, die die Begründung einer weiteren Börse in Dortmund durchaus berechtigt erscheinen lassen.

Der Stadtverordneter Pahl sprach für die Industrie, die es lange bitter empfunden hat, daß die Bemühungen, eine „westfälische Börse" in Dortmund zu gründen, so lange Zeit ohne Erfolg geblieben ist. Er dankte den Vertretern der Behörden und Banken, die sich an den Vorarbeiten so rege beteiligt haben.

Im weiteren Verlauf der Verhandlungen wurde ein Börsenvorstand aus den folgenden Herren gebildet:

Vorsitzender: Herr Bankdirektor Pfeffer von der Commerz- und Privat-Bank. Vertreter von Banken: Herr Robert Wiskott, Herr Direktor Löns vom Bermer Bankverein. Vertreter der Handelskammer: Herr Dr. Jucho. Vertreter der Stadtverwaltung: Herr Bürgermeister Dr. Fischer. Vertreter der Getreidebörse: Herr E. W. Schulte.

Ferner sind vorgesehen: je ein Bankvertreter aus Hamm, Münster und Hannover. Ferner soll dem Wunsche der Sparkassen und Genossenschaftsbanken auf Vertretung im Vorstande Rechnung getragen werden.

Herr Dr. Jucho schloß mit Dank die Versammlung, in der einmütig zum Ausdruck gekommen war, das neue Unternehmen trotz sich entgegenstellender Schwierigkeiten durchzuführen und damit seine Existenzberechtigung zu beweisen.

Anträge auf Erwerb der Mitgliedschaft sind an den Vorstand z. H. der Handelskammer, bei der sich die Geschäftsstelle befindet, zu richten.

|| **Dortmunder Börse.** Nachdem in der Gründungsversammlung am 27. November cr. sich der Börsenvorstand konstituiert hat, ist von demselben beschlossen worden, die nächste Börsenversammlung am Mittwoch von 11—12 Uhr vormittags stattfinden zu lassen. An der Börse kann vorläufig nur Handel im Freiverkehr stattfinden, der sich aber auf sämtliche rheinisch-westfälischen Werte erstreckt, die amtlich oder im Freiverkehr an den Börsen in Essen und Düsseldorf gehandelt sind. Ferner sollen gehandelt werden sämtliche Kaliwerte und auch alle diejenigen Werte der Berliner Börse, für die sich im Rheinland und Westfalen ein Interesse herausgebildet hat. — Bisher sind dem Börsenvorstande so zahlreiche Anmeldungen zugegangen, daß die Existenz der neuen erfolgreichen Verkehr gerechnet werden darf. Die Zahl der Anmeldungen wird sich noch erheblich vergrößern, sobald eine Einreiserlaubnis aus dem unbesetzten in das besetzte Gebiet geregelt ist, — eine Frage, mit der sich der Börsenvorstand im Verein mit der Dortmunder Handelskammer zurzeit beschäftigt.

Eingesandt.

(Für Artikel unter dieser Rubrik übernimmt die Redaktion nur die preßgesetzliche Verantwortung.)

Zu dem gestrigen Artikel über „die Zerstörung der deutschen Schule" wird uns aus unserem Leserkreise geschrieben:

Kurz vor dem Kriege hatte deutsche Industrie, deutscher Handel, deutsche Schiffahrt usw. einen solchen Hochstand erreicht, daß unsere Feinde vor einer weiteren Steigerung dieser Dinge zitterten und bebten. Als nach dem Kriege die feindlichen Generäle im besetzten Gebiete um Linderung des von ihnen auf uns ausgeübten Druckes angegangen wurden, erklärten sie, das sei unmöglich, weil die durch unsere Volks- und höheren Schulen vorgebildeten Arbeiter, Kaufleute, Ingenieure etc. unsere Industrie, Handel usw. baldigst auf denselben Hochstand bringen würden, wie vor dem Kriege. Dieses war eine unwiderlegbare Anerkennung hervorragender produktiver Tätigkeit unserer deutschen Schule. Diese will man jetzt abbauen, einen Teil der Lehrer (25 Proz.) in den Wartestand setzen, oder die Einkünfte aller Lehrer um 30 Proz. des jetzigen Standes kürzen oder beides zugleich.

Unsummen verschlingen unsere ziemlich zahlreichen Parlamente. Es sei in aller Bescheidenheit die Frage aufgeworfen — mit der Bitte, diese Frage in recht weite Bevölkerungskreise gelangen zu lassen. — Es wird in aller Bescheidenheit gefragt, haben alle die langen Verhandlungen, Reden, in dieser Hinsicht gewechselte Depeschen und Briefe ebenso produktiv für deutsches Land und Volk gewirkt, wie die deutschen Schulen, haben die dadurch verschlungenen Unsummen nur Heil und Segen gebracht, oder sind viele Verordnungen und Gesetze nicht völlig unproduktiv gewesen? — Kann man nicht durch Verkürzung aller Reden und Sitzungen dasselbe oder mehr erreichen, genügte nicht der vierte Teil aller Abgeordneten jedweden deutschen Parlamentes? — Kann nicht, wie die Gehälter aller Beamten, Angestellten, Arbeiter, auch die Höhe der Diäten aller Abgeordneten und Parlamente herabgesetzt werden? Würde durch alle die genannten Verkürzungen der Ausgaben und Diäten, die die Parlamente verursachen, nicht eine ganz gewaltige Not unseres Volkes gelindert und behoben werden?

Wir appellieren an die Vaterlandsliebe unserer Abgeordneten und Volksvertreter.

Die Hausfrau und ihre Wäsche.

Von P. Mundhenke.

„Sie sammelt in reinlich geglättetem Schrein
Die schimmernde Wolle, den schneeichten Lein"

Die Zeiten haben sich geändert. Seltener kann eine Mutter ihrer Tochter als Aussteuer einen wohlgefüllten Wäscheschrank mitgeben, und seltener können sich unsere Hausfrauen an den schöngeschichteten, mit blauen Bändern umwickelten Dutzendpaketen von Servietten, Hand-, Tisch- und Bettlichern erfreuen. Es heißt, mit Wenigem haushalten und dies Wenige mit Eifer und Bedacht erhalten. Das wichtigste Gebot hierfür ist sachgemäße Behandlung der Wäsche, Grundlage hierfür wieder ein gutes Waschmittel. Hier ist das Beste das Billigste und falsche Sparsamkeit Verschwendung. Im Nachfolgenden sollen einige Winke gegeben werden, die den Gebrauch des beliebten „Persil" zur Voraussetzung haben. Die vielseitige Verwendungsmöglichkeit dieses Waschmittels ist zum Schaden der Hausfrau immer noch viel zu wenig bekannt.

Das Einweichen der Wäsche geschieht abends vorher in einer Bleichsodalauge. Es ist von großer Wichtigkeit und erleichtert durch seine schmutzlösende Wirkung die nachfolgende Behandlung ganz wesentlich. Gekocht wird beim Waschen nur die sogenannte Weißwäsche. Man bereitet sich die Lauge durch Auflösen der entsprechenden Menge Persil (ohne weiteren Zusatz) in kaltem Wasser, legt die Wäsche hinzu und bringt sie unter gelegentlichem Umrühren zum Kochen. Eine Viertelstunde Kochenlassen genügt im allgemeinen vollkommen. Bei diesem Verfahren wird man von dem erzielten Reinigungsgrad überrascht sein. Flecke sind verschwunden, und die Wäsche ist tadellos sauber. Es bleibt nur noch ein mehrmaliges, gründliches Spülen, das zuerst in gut warmem, dann in kaltem Wasser vorgenommen wird.

Für das Waschen von Wollsachen ist „Persil" gleichfalls hervorragend geeignet. Die Stücke werden in schwachwarmer Lauge leicht durchgedrückt, nicht gerieben, da dies der Wollfaser abträglich ist. Das Nachspülen geschieht gleichfalls in schwachwarmem Wasser. Wollsachen dürfen beim Trocknen keiner großen Hitze (auch nicht der Sonne) ausgesetzt werden; am besten trocknet man sie im frischen Wind. Sie bleiben so griffig, weich, laufen nicht ein und behalten ihre Farbe.

Gardinen, Schleier usw. befreit man zuerst durch Einweichen in warmer Bleichsodalauge von gröbstem Schmutz. Darauf kocht oder überbrüht man sie, je nach dem Grade ihrer Festigkeit, mit Persillauge. Ein Ueberbrühen während des Kochens muß der Empfindlichkeit der Stoffe wegen natürlich vorsichtig geschehen. Gründliches Spülen in warmem und danach in kaltem Wasser beschließt die Säuberung.

Kunstseidene und seidene Tritotblusen und -Jacken erhalten durch vorsichtige Reinigung in abgekochter, leichter, fast kalter Persillauge ein Aussehen wie neu und bleiben unverändert in Farbe und Form. Das Ausspülen geschieht in vorher abgekochtem, fast kaltem Wasser, dem bei farbigen Stücken etwas Essig hinzugesetzt wird. Zum Trocknen werden die Stücke, ihrer Form entsprechend, auf glatte Tücher gelegt. Bei jeder Kunstseide muß die Naßbehandlung möglichst kurz sein.

Flanellblusen, Wollcheviot- und Kaschmirkleider werden in einer leichten, schwachwarmen Persillauge hin- und hergeschwenkt. Stellen, denen Schmutz anhaftet, drückt man häufiger aus. Die Stücke werden in noch feuchtem Zustande geplättet. Die gleiche Behandlung erfahren Musselinkleider.

Bei der Reinigung waschechter Teppiche und ähnlicher Stoffe tauche man das Stück zunächst in eine mäßig warme Persillauge. Hierauf breitet man den Teppich umgekehrt auf den Boden, wenn möglich auf den Rasen und bearbeite die linke Seite mit Wurzelschrubber oder Wurzelbesen. Nach diesem wird das Stück umgewendet und die rechte Seite mit einer milden Bürste abgerieben. Nach gutem Ausspülen und Abgießen, möglichst mit einem Schlauch, kann ein Essigbad die Arbeit beschließen. Getrocknet werden die Teppiche am besten in frischer Luft, mit der linken Seite nach oben liegend.

Wetteraussichten für mehrere Tage im Voraus:

3. Dezbr. Wenig verändert.
4. Dezbr. Wolken, teils Sonne, normal temperiert.
5. Dezbr. kaum verändert.
6. Dezbr. Wolken mit Sonne, teils bedeckt, kalt.

Gottesdienste am Sonntag, 2. Dezember

Große Kirche. 9,30 Uhr: Pastor Nell. 11 Uhr: Kindergottesdienst.
Kleine Kirche. 10 Uhr: Pastor Ohlig 5 Uhr: Pastor Nell.
Ev. Krankenhaus. 9 Uhr: Pastor Ohlig
Kathol. Pfarrkirche. 6 Uhr: Stille heilige Messe. 7,30 Uhr: Frühmesse mit Predigt. (Monatskommunion des Männerapostolates und des Gesellenvereins). 8,45 Uhr: Schulmesse mit Predigt. 10 Uhr: Hochamt mit Predigt. 2,30 Uhr: Andacht.
Evangel. Stadtmission, Kuhstraße 7. Sonntag früh 8 Uhr: Blaukreuzverein; nachm. 4 Uhr: Bibelstunde; abends 8 Uhr: Gemischter Chor. Dienstag abends 8 Uhr: Gemischter Chor. Mittwoch abends 8,30 Uhr: Gebetsstunde Donnerstag abends 8 Uhr: Gemischter Chor.

Bekanntmachung betr. Mietzuschläge.

Auf Grund der Ziffer 30 Absatz 2 der Ausführungsbestimmungen zum Reichsmietengesetz vom 4. August 1923 — II 6 3083 — setze ich hiermit unter Abänderung der Bekanntmachung des Vorsitzenden des Kreisausschusses in Hörde vom 27. November 1923 folgende Mietzuschläge für den Landkreis Hörde vom 1. Dezember ds. Js. ab fest:

Für Zinsensteigerungen . . . 28 500 000 000 %
„ Verwaltungskosten . . . 1 710 000 000 000 %
„ lfd. Instandsetzungsarbeiten 5 700 000 000 000 %

Demnach erhöhen sich die Mieten für Wohnräume rund auf das 75 milliardenfache der Grundmiete.

Hierzu tritt für gewerbliche Räume ein Zuschlag von 25 % zu den Verwaltungskosten = 427 500 000 000 % und von 75 % zu den laufenden Instandsetzungsarbeiten = 4 275 000 000 000 %, so daß die Mieten für gewerbliche Räume rund das 120 milliardenfache betragen. 3389

Essen, den 30. November 1923.

Der Verbandspräsident des Siedlungsverbandes Ruhrkohlenbezirk.

Bekanntmachung.

Der unter'm 30 Nov 1923 zur Berechnung kommende Wasserpreis beträgt

260 Milliarden Mark je Kubikmeter

Die Wassergeldrechnungen sind sofort bei Vorzeigen in bar an den Gelderheber zu zahlen oder an unsere Kasse in Dortmund, Hagenerstraße 1, (geöffnet von 8—12 Uhr) 2 Tage nach Rechnungszustellung. Wir müssen uns vorbehalten, bei Zahlungsverzug den evtl. am Zahlungstage geltenden höheren Wasserpreis zu berechnen.

Es wird darauf hingewiesen, daß eine besondere Mahnung zur Zahlung nicht erfolgt. Die Vorzeigung der Rechnung durch die Gelderheber gilt gleichzeitig als Zahlungsaufforderung, die Aushändigung im Nichtzahlungsfalle als Mahnung.

Dortmund, den 30. November 1923 3387

Dortmunder Wasserwerks-Gesellschaft m. b. H.

Teppiche
in Velour, Haargarn, Tapisserie etc.
Läuferstoffe
in reichhaltiger Auswahl.
Vorlagen,
Felle, Dekorationsstoffe
in vielen geschmackvollen Mustern
empfiehlt
Tapetenhaus Kölling
Schwerte, Markt 3.

Notenstücke,
Lieder, Gedichte, Festspiele
für
Weihnachten und Neujahr
empfiehlt
Buchhandlung Carl Braus

Wie mache ich mein Heim gemütlich?
Sofas, Chaiselongues, Korbmöbel und Decken
sehr preiswert!
Polsterhaus Filiale Walther, Holzen,
Rosenweg Nr. 40.

Bekanntmachung.

Die Hundesperre, aus Anlaß eines festgestellten Tollwutfalles, dauert an. Hunde sind weiterhin eingesperrt oder angekettet zu halten. Sie dürfen auf der Straße an der Leine geführt werden, wenn sie mit einem Maulkorb versehen sind. Freiumherlaufende Hunde unterliegen der Tötung. 3384

Schwerte, d. 29. 11. 1923.

Die Polizei-Verwaltung:
Rohrmann.

Bekanntmachung.

Der Wasserpreis für November 23. d. h. für die Zeit zwischen der vorigen und kommenden Ablesung beträgt 280 Milliarden Mk. pro Kbm, die monatliche Mindesttaxe 4 Kbm.

Der bereits vorher eingezogene Teilbetrag wird zum Nennwert gutgeschrieben 3368

Hege und Jagd
ist die führende Jagdzeitschrift Süddeutschlands und amtliches Organ vieler jagd- und Hundezüchter-Vereinigungen des In- und Auslandes. — Probenummern sind gegen Selbstkostenersatz zu beziehen durch die Vertriebsabteilung in Dillingen-Donau.

Technikum Lemgo
(Lippe)
Höhere technische Lehranstalt
Staatskommissar

Persil
Halbe Arbeit, billiges Waschen und die Wäsche tadellos!